

cenjur®

CE juristisch - politische Europa - Presse



Bundesministerien für Wirtschaft
p@bmwi.bund.de
bb@bmwi.bund.de

Bundesministerium für Umwelt
p@bmu.bund.de

EU-Kommissar Landwirtschaft
Dacian Ciolos
RW@ec.europa.eu

EU-Kommissar Umwelt
Janez Potočnik
JH@ec.europa.eu

06. November 2010

Umsetzungsmassnahme der Habitat-Richtlinie 43 aus 1992

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, wurde wegen Vertragsverletzung mit Urteil des Gerichtshofes (Fünfte Kammer) am 11.12.1997 verurteilt, weil sie die Richtlinie 92/43/EWG (Habitat-Richtlinie)¹ nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist in nationales Recht umgesetzt hat.²

Artikel 23 (1) der EU-Richtlinie schreibt nicht nur vor, dass die Mitgliedstaaten die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen, um dieser Richtlinie binnen zwei Jahren nach ihrer Bekanntgabe nachzukommen, sondern dass sie auch unverzüglich die Kommission von ihrer Umsetzungsmassnahme in Kenntnis setzen.³

Leider können wir die Umsetzungsmassnahme der Bundesrepublik Deutschland nicht bzw. nur unvollständig finden.⁴ Die einzelstaatliche Durchführungsmassnahme Deutschlands wird hier wie folgt aufgeführt:

Deutschland: Umsetzungsfrist: 10/06/1994

1. Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA). GVBl nr. 41/2004

Rechtsakt: Gesetz; Amtsblatt: Bundesgesetzblatt Teil 1 (BGB 1), Nummer: 29/07/2004, Datum der Veröffentlichung: 20/04/2004, Seite: 00454-00475; Referenznummer: (MNE(2004)51462)

2. Zweites Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes.

Rechtsakt: Gesetz; Amtsblatt: Verwaltungsmassnahmen, Nummer: 6, Datum der Veröffentlichung: 21/04/2004, Seite: 106, Inkrafttreten: 20/04/2004; Referenznummer: (SG(2004)A/05945)

3. Drittes Landesgesetz zur Änderung des Landespflugesgesetzes.

Rechtsakt: Gesetz; Amtsblatt: Verwaltungsmassnahmen, Nummer: 9, Datum der Veröffentlichung: 12/05/2004, Seite: 275, Inkrafttreten: 12/05/2004; Referenznummer: (SG(2004)A/05945)

4. Bremische Binnenfischereiverordnung. GBl Freien Hansestadt Bremen

Rechtsakt: Verordnung; Amtsblatt: Landesgesetzblatt (Länder), Nummer: 2006/29, Datum der Veröffentlichung: 17/05/2006, Seite: 251-254; Referenznummer: (SG(2006)A/06496 du 30/08/2006)

PRESSE – ANFRAGE PRESSE – ANFRAGE PRESSE

5. Zweite Verordnung zur Änderung der Fischereiordnung des Landes Brandenburg.

Rechtsakt: Verordnung; Amtsblatt: Landesgesetzblatt (Länder), Nummer: 2003/29, Datum der Veröffentlichung: 25/11/2003, Seite: 650-652; Referenznummer: (SG(2006)A/02308 du 14/03/2006)

6. Gesetz nr. 1557 über die Umsetzung gemeinschaftrechtlicher Vorschriften auf den Gebiet des Naturschutzes und zur Flexibilisierung der kommunalen Abwasserbeseitigungspflicht. ABl Saarland vom 29/7/2004

Rechtsakt: Gesetz, Nummer: 1557/2004; Amtsblatt: Bundesgesetzblatt Teil 1 (BGB 1), Nummer: 2004/284, Datum der Veröffentlichung: 29/07/2004, Seite: 01550-01553; Referenznummer: (MNE(2004)51459)

Im oben erwähnten Urteil des Gerichtshofs aus dem Jahr 1997 findet sich ein Hinweis der beklagten Bundesrepublik Deutschland, als sich diese bei ihrer Umsetzungsmassnahme auf das zu ändernde Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG)⁵ beruft. Dieses BNatSchG ist offenbar nun seit 2009 an das EU-Recht angepasst, jedoch findet sich keinerlei Hinweis auf eine erfolgte Umsetzungsmassnahme – weder im Gesetzestext noch in der einzelstaatlichen Durchführungsmassnahme. Lediglich die §§ 6,7,19,31,32,33,38,39,40,44,45 und 54 beziehen sich auf die EU-Richtlinie.

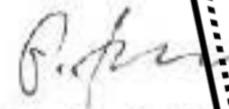
Ob für die EU-Kommission dies die ordnungsgemässe Durchführungsmassnahme der EU-Richtlinien darstellt, ist, wie gesagt, der bisher gemeldeten einzelstaatlichen Durchführungsmassnahme nicht zu entnehmen.

Die EU-Kommission erhält daher mit der Bitte um Stellungnahme ebenfalls diese Anfrage.

Wie rechtsfehlerhaft in Deutschland bereits Behördenanfragen beantwortet werden, ist einem Schreiben des Regierungspräsidiums Freiburg vom 20.11.2008 zu entnehmen. Hier wird dem anfragenden Bürger Ende 2008 eine nationale Verordnung aus 1977 als geltendes Recht zugeleitet (siehe Anlage). Dies lässt den Schluss zu, dass selbst die bearbeitende Behörde nicht auf dem aktuellen Stand des geltenden (EU)-Rechts ist und Kenntnis davon hat.

Im Hinblick auf den Amtshaftungsanspruch dürfte eine rasche Bearbeitung dieser Presseanfrage in aller Interesse liegen.

Mit freundlichen Grüßen



Gudrun Seidl,
Europa-Journalist



¹ <http://www.fauna-flora-habitatrichtlinie.de>

² [http://curia.europa.eu/juris/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&iuredj=iuredj&iurtpi=iurtpi&iurftp=iurftp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnrec=alldocnrec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommio=allcommio&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-](http://curia.europa.eu/juris/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&iuredj=iuredj&iurtpi=iurtpi&iurftp=iurftp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnrec=alldocnrec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommio=allcommio&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-83%2F97&ddatefs=&mdatefs=&vdatefs=&ddatefe=&mdatefe=&vdatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Suchen)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31992L0043:DE:HTML>

⁴ <http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?val=415391.cs&lang=de&list=415391.cs.&pos=1&page=1&nbl=1&pgs=10&hwords=&checktexte=checkbox&visu=#texte>

⁵ http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bnatschg_2009/gesamt.pdf



Regierungspräsidium Freiburg, Freiburg i. Br.

Freiburg i. Br. 20.11.2008
Name Peter Stocks
Durchwahl 0761 208-4235
Aktenzeichen
(Bitte bei Antwort angeben)

Herrn

 Naturschutzgebiet kreis
Breisgau-Hochschwarzwald
Telefonat vom 20.11.2008

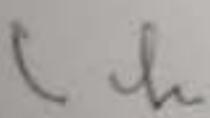
Anlagen
Verordnung mit Karten

Sehr geehrter

ich nehme Bezug auf unser heutiges Telefonat und übersende Ihnen in Kopie die Verordnung mit Karten sowie einen weiteren Kartenauszug, auf dem die sonstigen Schutzstadien für das Naturschutzgebiet und seine Umgebung dargestellt sind.

- Blaue Schraffur: FFH-Gebiet
- rot: NSG
- grün: LSG
- rosa: § 32-Biotope

Mit freundlichen Grüßen


Peter Stocks



**Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg
als höhere Naturschutzbehörde
über des Naturschutzgebiet**

Vom 14. Februar 1977

Auf Grund von §§ 21, 58 Abs. 2 und 4 und § 64 Abs. 1 Nr. 2
des Naturschutzgesetzes (NatSchG) vom 21. Oktober 1975
(Ges. Bl. S. 654) wird verordnet:

§ 1

Erklärung zum Schutzgebiet

Die in § 2 näher bezeichnete Fläche auf dem Gebiet der
Gemeinde [redacted] Landkreis Breisgau-
Hochschwarzwald, wird zum Naturschutzgebiet erklärt.
Das Naturschutzgebiet führt die Bezeichnung

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von ca. 10 ha.
Es umfaßt folgende Grundstücke der Gemarkung

Flurstück [redacted]

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in einer Karte im
Maßstab 1:25000 und in einer Karte im Maßstab 1:2500
rot eingetragen. Die Verordnung mit Karten wird bei der
höheren Naturschutzbehörde in Freiburg verwahrt; eine
Ausfertigung befindet sich bei der unteren Naturschutzbe-
hörde in Freiburg. Die Verordnung mit Karten kann wäh-
rend der üblichen Sprechzeiten eingesehen werden.

§ 3

Schutzzweck

Wesentlicher Schutzzweck ist die Erhaltung

1. als erdgeschichtlich bedeutsame, markante Erhebung der
Schwarzwaldvorbergzone;
2. als Standort seltener Gehölz- und Halbtrockenrasenge-
sellschaften sowie ausgedehnter Gebüschflächen, die
zahlreichen Vogel- und Insektenarten Lebensraum bie-
ten.

§ 4

Verbote

(1) In dem Naturschutzgebiet sind alle Handlungen ver-
boten, die zu einer Zerstörung oder Veränderung im